

Sechs Punkte zum Umgang mit Rechtspopulismus

Henning Flad, Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus

1. Kirche sowie Zivilgesellschaft und Staat müssen klare Signale setzen, dass Gewaltpropaganda und Brandanschläge inakzeptabel sind, und dass Geflüchtete unseres Schutzes bedürfen. Wer von Drohungen und Gewalt betroffen ist, muss nach Kräften öffentlich unterstützt werden. Vor allem die Geflüchteten, aber auch FlüchtlingsunterstützerInnen, PolitikerInnen, und Angehörige der Zivilgesellschaft. Wenn Gewalt gegen schutzbedürftige Menschen ausgeübt wird – oder dazu aufgerufen wird - ist die Diskussion beendet, und die Polizei gefragt. Es muss schnell und konsequent gehandelt werden, bevor es zu einer weiteren Eskalation von Gewalttaten kommt. Es muss gesellschaftlicher Druck auf Polizei und Gerichte aufgebaut werden, dass es zu wirksamen Ermittlungen und einer sichtbaren Bestrafung von Gewalttätern kommt.
2. Rassismus und anderes menschenfeindliches Gedankengut darf nie unwidersprochen bleiben. Es ist immer wieder der Gegensatz zwischen AfD und Co und christlichem Glauben zu betonen. Kirche ist nicht neutral und kann nicht neutral sein in solchen Fragen.
3. Das Milieu, mit dem wir es hier zu tun haben, ist zu groß, als dass es als Ganzes sozial geächtet werden könnte. Dies hat bei der NPD und anderen Neonazis funktioniert, hier geht es nicht mehr. Wir kommen um das Diskutieren und um das Rückgewinnen der Leute nicht herum. Die Unzufriedenheit ist wesentlich größer, als sich das in Wahlergebnissen der AfD ausdrückt. Und bestimmte Ideen sind spürbar auch unter den Mitarbeitenden kirchlicher und diakonischer Einrichtungen verbreitet, es kann gar nicht anders sein.
4. Jede Auseinandersetzung mit den hier verhandelten Positionen hat auf Präzision zu achten: Nicht jede vermeintlich oder tatsächlich rechtspopulistische Position hat das volle Paket von Neuer Rechter, Konservativer Revolution, den von Kubitschek und Höcke vertretenen Ideen,

oder denen des rechtspopulistischen Publizisten Elsässer, mit im Gepäck. Nicht jede Irritation über die Bundesregierung oder Sorge um Flüchtlingspolitik ist nur von Rassismus motiviert. Und damit verbunden: Nicht jede Publikation oder Äußerung, die einem aus nachvollziehbaren Gründen nicht gefällt, ist mit dem Begriff Rechtspopulismus oder Neue Rechte zu belegen, auch dann nicht, wenn sie mit einem bestimmten Vokabular zu spielen scheint.

5. Jede Auseinandersetzung mit der neuen Bewegung von rechts hat darauf zu achten, dass sie zivil in Form und Inhalt bleibt. Beleidigende Vokabeln wie „Pack“ und raisonieren darüber, dass man sich erschießen würde, wenn man mit Frau Petry verheiratet wäre, sollten unterbleiben. Insbesondere müssen die tätlichen Angriffe auf VertreterInnen der AfD unterbleiben. All das befördert weiter Polarisierung, und die polarisierte Stimmung nutzt vor allen anderen der AfD. Und Sie wissen es ja aus eigenem Erleben im privaten wie beruflichen Bereich: Je höflicher und wertschätzender Sie sich in der Form verhalten, desto klarer können Sie sich in der Sache äußern, ohne dass eine Situationen entgleitet.

6. Innerhalb der Kirchengemeinden (und das ist zu unterscheiden etwa von Podiumsdiskussionen auf Kirchentagen): Diskutieren, diskutieren, diskutieren. Nicht ausgrenzen. Ressentiments können nur bearbeitet werden, wenn sie offen auf dem Tisch liegen. D.h., wir brauchen eine angstfreie Atmosphäre, weil sonst die Leute nicht sagen werden, was sie denken. Sie behalten es dann einfach für sich, und wir bekommen keine Möglichkeit, zu widersprechen.